



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Bezahlbaren Wohnraum schaffen und langfristig halten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass es in vielen bayerischen Städten und Gemeinden an bezahlbarem Wohnraum für mittlere und untere Einkommen fehlt. Trotz Erhöhung der Wohnraumförderung im Freistaat wird nicht ausreichend neuer Wohnraum geschaffen, um die Situation auf den Wohnungsmärkten insbesondere in den Ballungsräumen zu entspannen. Besonderer Handlungsbedarf besteht beim öffentlich geförderten Mietwohnungsbau. Mehr bezahlbare Wohnungen zu erhalten und neu zu schaffen, erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- den Schwerpunkt der Wohnraumförderung dauerhaft auf den Mietwohnungsbau zu setzen und weiter auszubauen,
- die Bindungsdauer für Sozialwohnungen verbindlich auf 40 Jahre festzulegen,
- im Rahmen der Wohnraumförderung den Erwerb von Belegungsrechten zu ermöglichen und Kommunen ebenfalls beim Ankauf zu unterstützen,
- das genossenschaftliche Wohnen im Rahmen der Wohnraumförderung zu stärken, indem die Gründung von Wohnungsgenossenschaften oder Baugruppen durch zinslose Darlehen oder Zuschüsse für die Eigenkapitaleinlage sowie der Erwerb von Genossenschaftsanteilen gefördert wird,
- die bayerischen Bauvorschriften mit der Intention zu überprüfen, Baukosten im öffentlichen geförderten Wohnungsbau aber auch im Hinblick auf Nachverdichtung zu senken,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das Baukindergeld abzuschaffen sowie das Bayerische Baukindergeld Plus und die Eigenheimzulage zu streichen und die Gelder stattdessen im Rahmen der Wohnraumförderung bereitzustellen,
- sich auf allen Ebenen für eine gemeinwohlorientierte Vergabe von Grundstücken der öffentlichen Hand für den Wohnungsbau einzusetzen,
- sich auf Bundesebene für einen Abbau der Steuerhindernisse bei der Vermietung von Werkwohnungen einzusetzen,
- sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau einzusetzen, die an soziale Kriterien wie eine Mietobergrenze gebunden sind,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Spekulationen mit Grund und Boden im Rahmen der Grund- und Grunderwerbssteuer einzuschränken,

- sich auf Bundesebene für eine Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen einzusetzen,
- sich auf Bundesebene für eine Verlängerung der Mietpreisbremse einzusetzen sowie auf Landesebene die Mieterschutzverordnung schnellstmöglich neu zu erlassen,
- sich auf Bundesebene für einheitliche Kriterien zur Erstellung von Mietspiegeln einzusetzen, die auch ältere Mietverträge als vier Jahre, Genossenschaftswohnungen und öffentlich geförderte Wohnungen berücksichtigen.

**Begründung:**

Wohnungsknappheit und explodierende Mieten sind für immer mehr Menschen vor allem in Bayerns Großstädten ein gravierendes Problem. Dazu tragen nicht nur die „Renaissance der Städte“ sowie die Spekulationswelle mit Immobilien als neuem „Beton-gold“, sondern auch die verfehlten wohnungspolitischen Weichenstellungen der Vergangenheit bei. Das Vorhandensein von bezahlbarem Wohnraum ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. „Jeder Bewohner [und jede Bewohnerin] Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung“, so steht es in Art. 106 der Bayerischen Verfassung. „Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden“, heißt es weiter. Mehr bezahlbare Wohnungen zu erhalten und neu zu schaffen, erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Gerade weil das Dach über dem Kopf ein knappes und wertvolles Gut ist, darf es nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden. Menschen sollen dort leben können, wo Freundinnen und Freunde, Kitas, Schulen und Arbeitsplätze sind – auch diejenigen mit schmalem Geldbeutel. Das heißt für uns: so viel bauen wie nötig, Verdrängung stoppen, Grundstücksspekulationen beenden und bezahlbaren Wohnraum dauerhaft erhalten.